



Die Dünainsel bei Glauzen

Nur der Kriegszeit kommen die Schwärze wegen der ungarischen Wehrmacht der Abwehrstellung nach Österreich.

Die Handelsverträge mit dem Ausland werden von Österreich-Ungarn geschlossen. Ebenso sind die Zollfrage gegenüber dem Ausland in beiden Staaten gleich. Da nun Österreich bereits zum industriellen Überlegenheit neigt, während Ungarn noch weiter agrarisch ist, da ferner Österreichs Landwirtschaft die Natur des Landes nicht entfernt zu dem vermag, so ist naturgemäß Österreich gegenüber den österreichischen Interessen weder Staaten den richtigen Ausgleich zu finden. In Österreich mit mehr Arbeit der Bevölkerung gegen die hohen Anwartschaften, die lediglich als im Interesse der ungarischen Ökonomen gesehen betrachtet werden, und denen man sich die Schuld daran gibt, daß die Ungarn durch die Temperatur ihrer agrarischen Einfuhr vorzuziehen machen, sich gegen die österreichische Industrie auszusprechen und ihren Bedarf aus anderen entfernteren liegenden Industrieländern zu decken. Allerdings muß man auch noch befragen haben, daß die österreichische Industrie infolge hoher Zölle und Maßnahmen und unter dem Druck eines richtigen Steuerrechts und der eigenen Interessen geforderten Zölle immer neuer produziert, als etwa die deutsche Industrie, obwohl die Zölle erhöht niedriger sind und die Sozialversicherung lange nicht in Anspruch ist.

Die Staaten der Monarchie entscheiden der nationalen Einheitspolitik. Wenn man aber schon sich selbst allein mehr, daß die österreichische Deutschen mit ihren zehn Millionen nur eine Minorität unter den 20 Millionen Österreichern darstellen, ist es nicht zu betonen, daß die ungarischen mit kaum zehn Millionen ebenfalls nur eine Minorität unter den 20 Millionen Ungarn darstellen. Die ungarischen Widerstandskämpfer sind in beiden Staaten zum Teil die gleichen — aber während sie in dem auf höherer Entwicklungstadium stehenden Österreich sich nach und nach Geltung im Staate verschaffen konnten, ist Ungarn das Gebräue eines ungarischen Nationalismus durch eine scharfe und rücksichtslose Politik erhalten geblieben. Auch dieser Gegensatz bildet bei den Meinungen zwischen beiden Nationalitäten eine Rolle. Gerade die ungarischen österreichischen Politiker, die das Gebräue Österreich wieder vergrößern wollten, haben nicht selten die „Gemeinden“ der nicht-ungarischen Nationalitäten Ungarn anzuzeigen. Dadurch hätte die Ungarn beherrschenden Völkern und Minderheiten bedroht und die Ungarn in den letzten Jahren sehr ungarische Nationalismus, der zwar dort, wo er die Förderung der Gemeinlichkeit zwischen einer ungarischen Armee und der sloven Nationalunion (Verbindung) lebhaft durch die Verdon des Herrschers) verlangt, gefordert, aber aus dem das auch die ganze Richtung des Kampfes entgegen ist — eine große Gefahr der herrschenden Klasse des Monarchismus liegt eben darin, daß sie mit Recht betonen kann, sie könne nur an einer starken Osterreich-Royalarchie liegen. Daß die ihnen zehnten die Ungarn nur ein kleines, an Bedeutung naturgemäß geringes Volk waren, wodurch schließlich für die Deutschen die für die Ungarn und Rumänen — sein für sich per se — auch andere Möglichkeiten bestünden. Das Interesse der herrschenden Klassen deckt sich mit dem der Demokratie und der zu haltenden Schichten, und darum haben die herrschenden Teile der ungarischen Nation in der ganzen Doppelmonarchie einen so mächtigen Einfluß. Auf der anderen Seite sehen wir Österreich nach jahrzehntelangen Bestrebungen inneren Kampfen der Nationen ohne Parlamenten durch den Krieg gehen. Aber diese Ausdehnung des Volkes von jüdischer Mitherrschung — während Ungarns hartes Parlament, das — obwohl natürlich besonders das Gebräue der deutschen Reichswehr im Vordergrund — aber die bedeutend österreichischen Zustände und Einrichtungen werden wir in einem zweiten Artikel berichten.

Aus der Partei.

Eine Verhinderung ihrer Mitteilungen über eine Reichstagswahl, die Berliner Wahlkreise (siehe Connandebau) muß die Baumeisterliche Korrespondenz bringen. Sie schreibt: **Verständlich.** In unserer Notiz über die Reichstagswahl, der Opposition erlitt uns der Abgeordnete S e r a s e l d auf Grund des Verhältnisses um folgende Mitteilung: „Es ist nicht wahr, daß ich gesagt habe, die Mehrheit der Nation habe durch ihre Ablehnung der Reichstagswahl auf den Weg gezeichnet, der ihm dann ins Aussehen drückte.“ Ich habe nie mehr gesagt, die Mehrheit der Nation habe dadurch, daß sie die Reichstagswahl ablehnte, die Reichstagswahl öffentlich wiederholt verurteilt und auch im Reichstagslage bei dem Antrag auf Einstellung des Verfahrens ausdrücklich von ihm abtrübe, seine rücksichtslose Verfolgung und das unangehörige Urteil gegen ihn politisch ermöglicht.“ Die Baumeisterliche Korrespondenz behauptet weiter, daß bei d e r e s s e r n richtig seien. Dergleichen habe beide abgelehnt.

Sozialdemokratisches Begräbnis unter dem Burgfried. In Waldenburg in Schlesien wurde am Sonntag eine Beerdigung unter dem Burgfried abgehalten. Die Beerdigung fand ohne Schwierigkeiten statt. Am Sonntag im Reichstagswahl wurde deshalb zunächst der Ruf des Spiels verboten. Als der Totenwagen dann zwei Kränze mit roten Schleifen erblühte, suchte er sie den Trägern zu entreißen. Alles das geschah von Anfang an mit solcher Hastigkeit, daß eine ruhige Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien unmöglich wurde. Die Beerdigung wurde durch den Tod des einen der Kränze zu einem Verhängnis, wurde hierauf von dem ungarischen Beamten ebenfalls abgelehnt und bei dem Ringen um den Kränze gegen einen Baum geschleudert. Von Gassegenossen des

Friedhofbeamten wurde vor dem Reichstagswahl ausgespuckt und Schimpflieder gerufen. — Und das im Burgfried, am Sarge einer Frau, die zwei Söhne im Felde hat!

Politische Uebersicht.

Zum Zusammentritt des Reichstags. Aus parlamentarischen Kreisen läßt sich die folgende Darstellung entnehmen, daß innerhalb der Regierung Erwägungen über den Reichstag noch im Laufe dieses Monats wieder eingeleitet, also nicht nur den Hauptanstoß, nachdem der Reichstagsantrag es für notwendig erachtet hätte, den Reichstag auf einen Tag im Dezember einzuberufen, um ihn die Mitteilung von dem Friedensangebot an die feindlichen Mächte zu machen, liegt es ja allerdings noch anzufragen, daß der Reichstag auch wieder zusammenberufen werden könnte, um aus dem Munde des Reichstags etwas Weiteres zu erfahren über die Politik, die wir zum Ablehnung des Friedensangebotes einhalten wollen. Denn das unbestimmte, aber nach übereinstimmenden Meinungen mit Friedensprogramm, für das wir unsere Feinde mit dem Kontrakte gewinnen wollten, wird von jetzt ab unnützlich beibehalten werden können, und darauf müßte auch die Politik nun eingeleitet werden.“ Die Konventionen verbinden mit jeder Note einen Dieb gegen den verhassten Verdamm und einen Vorstoß für ihre gegenseitige Annullationspolitik.

Die Alldeutschen gegen den Kaiser. Der Vorstand der alldeutschen-österreichischen Gruppe der Alldeutschen hat eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„Während sich den Männern um Scheibemann und den Vertretern des Reichsparlaments nur noch einige unklare Hoffnungen angeschlossen, sieht das übrige deutsche Volk der Politik des Reichstags ohne Vertrauen gegenüber. Aus dem Felde gehen die Stimmen, die vom Kaiser bis zum General verurteilt, daß die Kräfte des revolutionären Reiches auf dem Altare der Feinde einzuwerfen sind. Die Feinde gepörrt werden. ... Mit klarer Erkenntnis dieser Sachlage müssen wir betonen, daß wir einem verhängnisvollen neuen Wiener Kontrakte zufließen, auf welchen dem deutschen Völkern die erwünschten Samenstrauben angeheftet werden sollen. Es erfüllt uns mit der größten Sorge, daß der Herr Reichstagsminister den noch herbeizuziehenden Schwierigkeiten nicht gewachsen sein könnte. Zudem hat er dadurch, daß er öffentlich im Reichstags die deutsche Volk mit dem Abdruck des Völkervertrages befreite, während das Reich das Befugnisrecht Belgien in einem Krieg gegen Frankreich das Befugnisrecht Belgien nach dem zu erwerbenden deutschen Reich ein schweres Hindernis bereitet. Die deutsche Volk, das daher wohl erwarten, daß der deutsche Reichstagsminister wohl zum Wohle des Vaterlandes und der deutschen Zukunft einem andersgearteten Manne den Platz räumt.“

Diese alldeutschen Hoffnungen werden immer dunkler und immer — bedauerlicher. Sie sprechen jetzt nur noch im Namen des deutschen Volkes, die deutsche Volk hat aber ganz andere Sorgen, als Kriegsmitteln — und mahnungsfähige Kräfte, die die deutsche Volk will Verhandlungen, will Verständigung durch Bernunft.“

Belgien und die Ostprovinzen wegnemen!

Das fordern die konservativen Begehrten auf jedem Tage dringlich. Inner der Uebersicht des Kampfes ist vorläufig die Deutsche Forderung einer konservativen Forderung, nach welchem in erster Linie Belgien einfließen deutsch werden müßte. Die deutsche Kolonialpolitik selbstverständlich wieder herausgegeben werden und das künftige kolonialpolitische Ziel müsse Konzentration und Sicherung unseres Kolonialbesitzes sein. Ueber das Kriegziel nach der französischen Seite hin würden militärische und wirtschaftliche Interessen zu entscheiden haben. Im Osten müßte das Ziel sein, Alles nach Brüssel und Ost zu führen und geistiger Menschheit zu bringen, müssen sie sich in Mitteleuropa beschäftigen können (also alle wegnemen, was wir von Rußland besetzt haben). Eine Kriegszielebestimmung ist in der aber in früheren Reichstagsreden (und) zu erwähnen. Vor allem aber ist der Sieg über Belgien zu erreichen. — Darum keinen Frieden, sondern immer feste Drank!

Zentrum und Friedensbestrebungen.

In einer Zentrum-Verammlung des Wahlkreises Wilm-Gummersbach-Wipperfurth erklärte der Abg. Marz: Ueber die Ablehnung des Friedensangebotes sollen wir uns mit großer Zuversicht auf ein gutes Ende hinwenden. Nachdem die Feinde die durchgehende Friedenshand mit Gohn und neuen Bedingungen abgelehnt haben, sind wir berechtigt, die letzten Möglichkeiten zu versuchen. Die Feinde sind die Kampfmittel keine Kräfte des Reiches mehr, jetzt dürfen und müssen wir jede Waffe mit Nachdruck gebrauchen, um die Notwendigkeit zu zeigen. — Also fort mit jedem Weltkrieg, nur rücksichtslos schlagen.“

Ganz anders behauptet Herr S e r a s e l d in der Situation. Er steht im Tag auseinander, man könne unbedenklich aus-

sprechen, daß wir trotz Ablehnung des Friedensangebotes, dem Frieden doch ein gutes Stück näher gerückt seien. Unsere Feinde hätten in dem Friedensangebot des Reiches durchaus keine Zeichen der Schwäche erblaut; auch in der Antwort des Friedensangebotes hätte es an aller und jeder Andeutung, als sei den Leitern der Entente der Schritt des Reiches als ein Zeichen von Schwäche erschienen. Die Zurückweisung des Friedensangebotes vor zu erwarten, man könne sich nur wundern, daß es nicht in härterer Form gekommen ist, denn an der Spitze der Entente können nur die Männer der schärfsten Tonart. Wenn sie sich in ihrer Antwort eine gewisse Mäßigung wenigstens im Ton auferlegt haben, so ist das eine unfreiwillige Danksagung, die den Friedensangebot des Reiches und der Reichsentscheidungen. Die Hauptsache ist, daß heute mehr vom Frieden als vom Kriege geredet und geschrieben werde. Herr S e r a s e l d sagt dann: „Der Punkt, auf den es ankommt, ist, daß eine grundlegende Friedenspolitik, wie sie sich im Laufe des Jahres 1917 der Welt den Frieden brächte — so oder so.“

Die Schuldentilgung nach dem Kriege.

In seiner bereits erwähnten Rede in Hannover hat der Abg. S e r a s e l d man, dem Verichte der Nationalzeitung zufolge, auch ausgesprochen:

„Die aufzubehalten Kriegsschulden werden vorwiegend in dem Reich neue Steuern im Betrage von 6—7 Milliarden Mark nötig machen. Dazu kommen neue Steuern in den Bundesstaaten und neue Steuern in den Gemeinden. Man wird sich an dem bestehenden Zelle über zwei Milliarden Mark, darüber nämlich, daß diese Steuern nicht auf die Dauer aufzubringen sind, sondern daß ein Teil der Schulden sofort abgetragen werden muß durch weitgehende Vermengungen — im Betrage von 1 bis 1 1/2 des Vermögenwertes. Man ist sich über diese Herabsetzung der Steuern nicht einig. Die Feinde sind nicht vorzugeben kann.“

Daß man sich über letzteres klar ist, unterliegt keinem Zweifel; der Anfang ist ja auch bereits mit den Tabakgaben gemacht worden. Neu ist nur die politische Sicherheit, mit der der S e r a s e l d die teilweise Konfiskation der Vermögen einfließen. Würde man sich entschließen können, ein in 10 Prozent der Kriegsschulden in eine neue Steuer zu zahlen, dann ließe sich schon ein erheblicher Teil der Schulden decken. Dem Marz dazu hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schon bei der Beratung der letzten Steuerordnungen geäußert.

Keine Ausländer mehr auf deutschen Thüringen?

Der gemeinschaftliche Antrag der Sozialdemokraten Kohler und G o t h a hat bei der Beratung des Reichstags den Antrag gelehnt, daß ausländische Bronzemoneten von der Bronzefabrik in den Bergwerken auszuschießen sind. Der jetzt regierende Herrscher entnimmt den englischen Königshaus. In der letzten Sitzung des Reichstags teilte man dem Reichstagspräsidenten mit, daß die Reichstagskommission hat über die Frage der Ausschließung der ausländischen ausländischen Staaten von der Bronzefabrik in den Bergwerken Kohler und G o t h a von neuem mit der herrschenden Staatsregierung verhandelt. Diese hat die Zulage erteilt, einen gemeinschaftlichen Antrag mit aller tunlichen Heiligung wieder einzubringen, sobald die Staatsregierung bereit ist, als solche zwischen Staatsregierung und Reichstagskommission vereinbart worden ist.

Neue politische Nachrichten.

Reichstagsantrag zur Prüfung der Kriegslieferungsverträge. Am Dienstagvormittag trat im Saal des Reichstags der Reichstagsantrag zur Prüfung der Kriegslieferungsverträge zusammen. Die Beratungen sind vertraulich; es wird darüber ein amtlicher Bericht ausgegeben werden.

Verhinderung der Landtagswahlen in Sachsen. Dem sächsischen Landtag und bei seinem Wiederzusammentritt im Februar eine Verlesung machen, nach welcher die Erneuerung der Landtagswahlen bis 1919 verboten wird.

Ministerliste in Spanien. Der Ministerpräsident Romanos hat sein Ministerkabinett eingerichtet. Eine Note der Regierung besagt, die Liste sei zugleich mit der Vertagung der Cortes infolge parlamentarischer Schwierigkeiten entfallen, aber wegen internationaler Ereignisse, namentlich der Note Wilson, nicht amtlich bekanntzugeben werden. Eine weitere Note besagt: Graf Romanos hat bekannt, daß das ganze



